

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Bundesparteitag

Eindrücke vom zweiten Bundesparteitag der Partei DIE LINKE

Am 15. und 16. Mai fand in Rostock ein erfolgreicher Parteitag statt. Allen Unkenrufen zum Trotz wurde der neue Parteivorstand weitgehend nach Eignung und Sachverstand der Kandidaten gewählt, weniger nach Flügeln und Strömungen.

Nach meiner Erfahrung haben die Genossinnen und Genossen an der Basis sowieso wenig Verständnis für die Notwendigkeit der verschiedenen Zusammenschlüsse und Strömungen. Gregor Gysi sagte, das Zentrum der Partei muss die Mehrheit der Partei vertreten, d. h. ohne Strömungen.

Ich denke, die beiden neuen Parteivorsitzenden, der geschäftsführende und der erweiterte Parteivorstand sind eine gute Mischung und eine Gewähr für eine gute und erfolgreiche Arbeit. Unterstützen wir sie dabei!

Es gab zahlreiche sehr emotionale Höhepunkte auf diesem Parteitag. Die würdige Verabschiedung unserer zumeist langjährigen und erfahrenen Genossen Lothar Bisky, Oskar Lafontaine, Dietmar Bartsch und Karl Holuba (Bundesschatzmeister) durch Gregor Gysi gehörten in erster Linie

dazu. Alle vier Genossen wurden mit minutenlangen stehenden Ovationen der Delegierten für ihre hervorragenden Verdienste um unsere Partei geehrt.

Auch die Rede des Ehrengastes unseres Parteitages, Ernesto Cardenal, ehemaliger Kulturminister der ersten sandinistischen Regierung in Nicaragua, der den Zusammenhang zwischen Christentum und Kommunismus darlegte, kam bei den Delegierten so gut an, dass sie ihm stehend mit großem Beifall dankten.

Und natürlich riss auch Gregor Gysi alle von den Sitzen mit seiner temperamentvollen und überzeugenden Rede zu (fast) allen Problemen unserer Zeit. Dass eigentlich der Bericht der Bundestagsfraktion angekündigt war, fiel dann niemandem mehr auf.

Entgegen der zunächst gemischten Gefühle, die ich noch zu Beginn des Parteitages hatte, kann ich sagen, dass meine Skepsis zum großen Teil gewichen ist, und ich hoffe, dass wir auch mit unseren neuen Parteivorsitzenden und dem neuen Vorstand die Partei weiter festigen und eine gute Politik für die Menschen machen werden.

Christa Schubert, Delegierte

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 7

Zitiert ...

„Wir predigen Wein, aber wir trinken ihn auch.“

Klaus Ernst

DIE LINKE.

Der neue Parteivorstand

2. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock

Wahl der Parteivorsitzenden:

Gesine Löttsch mit 517 Ja-Stimmen von 557 gültigen Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen

Klaus Ernst mit 408 Ja-Stimmen von 545 gültigen Stimmen und 61 Enthaltungen (die restlichen 76 Stimmen fielen auf den Gegenkandidaten Heinz Josef Weich)

Gewählte Stellvertretende Parteivorsitzende:

Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Heinz Bierbaum

Gewählte Bundesgeschäftsführer:

Caren Lay und Werner Dreibus

Gewählter Bundesschatzmeister:

Raju Sharma

Weitere gewählte Mitglieder des Bundesvorstandes:

Christine Buchholz, Hessen
Stefanie Graf, DIE LINKE SDS
Nele Hirsch, Berlin
Irene Müller, Meckl.-Vorpommern
Brigitte Ostmeyer, Baden Württemb.
Ida Schillen, Meckl. Vorpommern
Janine Wissler, Hessen
Ines Feierabend, Berlin
Renate Harcke, Brandenburg
Rosemarie Hein, Sachsen-Anhalt
Gabi Ohler, Thüringen
Christel Rajda, NRW
Sabine Schilka, Sachsen
Katina Schubert, Berlin
Sabine Wils, Hamburg
Ulrike Zerhau, NRW
Dagmar Zoschke, Sachsen-Anhalt
Ali Al Dailami, Hessen
Ben Brusniak, Linksjugend [´solid]
Wolfgang Gehrcke, Hessen
Diether Dehm, Niedersachsen

Stefan Hartmann, Sachsen
Steffen Harzer, Thüringen
Heinz Hillebrand, NRW
Matthias Höhn, Sachsen-Anhalt
Wolfgang Methling, Meckl.-Vorpomm.
Tobias Pflüger, Baden-Württemberg
Harald Schindel, Saarland
Michael Schlecht, Baden-Württemb.
Werner Schulten, Berlin
Axel Troost, Sachsen
Harald Werner, Berlin
Gerry Woop, Brandenburg
Wolfgang Zimmermann, NRW

Wahl der Parteibildungsbeauftragten:

Halina Wawzyniak und Ulrich Maurer (gleichzeitig gewählt als Mitglied des Parteivorstandes)

Die Beschlüsse des Parteitages können in der Geschäftsstelle in Luckenwalde, Zinnaer Straße 36, eingesehen werden. <

20. Familienfest - Für eine gerechte Arbeitswelt

Um es gleich vorwegzunehmen, es war ein sehr gelungenes Fest. Schönes Wetter, gute Stimmung, viele Gäste und Besucher, interessante Gespräche, niveauvolle Kulturangebote und schmackhafte Versorgung – ein Fest für die ganze Familie und für jedes Alter. Frau Stoefer, eine unserer treuen Besucherinnen, sagte dazu: „Ich bin Sympathisantin der LINKEN, identifiziere mich mit ihren Zielen und mir gefällt die Atmosphäre auf diesem Fest.“

Es geht uns bei der Veranstaltung am 1. Mai aber auch um politische Inhalte. Der Vorsitzende der Europäischen Linken, Lothar Bisky, fasste es in folgende Worte: „Es geht nicht darum, wer Recht hat, es geht um den gemeinsamen Kampf für soziale Gerechtigkeit.“ Heinz Vietze machte deutlich, dass es an diesem Tag auch

wieder um Arbeit, geht und nicht nur darum. Es geht um Arbeit von der man leben kann, es geht um Mindestlohn, um gute Bildung für alle, um Gesundheitsfürsorge, die nicht vom Geldbeutel abhängt, und es geht um den Abzug unserer Soldaten aus Afghanistan, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Genossen der DKP nutzten das Familienfest, um auf ihre Forderung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ aufmerksam zu machen.

Den Kollegen der Gewerkschaften IG Metall, Bauen, Arbeit, Umwelt geht es bei ihrem Kampf um „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“.

Die Volkssolidarität will eine menschliche Gesellschaft: „Miteinander, Füreinander“.

Das alles sind Ziele, die uns verbinden und nicht nur an diesem Tag öf-

fentlich gemacht werden sollten.

Das gelungene Fest hatte wieder viele fleißige Helfer und Mitwirkende, allen gilt unser Dank. Stellvertretend seien genannt: Die Darbietungen der Woltersdorfer „Pflastertreter“ und „Felgendreher“, die Tanzdarbietungen der Kindergartenkinder aus Ruhlsdorf, die Gruppe Phönix und die Luckenwalder Blaskapelle, die fleißigen Kuchenbäckerinnen und Verkäuferinnen, die über 50 Kuchen und 300 Tassen Kaffee an den Mann bzw. die Frau brachten, Manfred Thier, der als Moderator einen wirkungsvollen Auftritt absolvierte.

Uns bleibt zu wünschen, dass unser Fest einen nachhaltigen Eindruck hinterlässt und Motivation für die politische Arbeit ist.

Marianne Richter, Luckenwalde

Ostermarsch 2010

Am 27.03.2010 hat die Friedenskoordination Potsdam zum 9. Potsdamer Ostermarsch aufgerufen. Da in Potsdam-Geltow der Führungsstab der Bundeswehr die Auslandseinsätze koordiniert, ist Potsdam ein wichtiger Ort des Protestes.

Unter der Losung: „Für eine atomwaffenfreie Welt ohne Krieg – gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ reihte sich dieser Protest in die 50-jährige Ostermarschbewegung ein. Die Auftaktkundgebung war wie bisher am Brandenburger Tor.

Lühr Henken von der deutschlandweiten Initiative „Friedensratschlag“ prangerte den von USA und NATO, mit deutscher Beteiligung geführten Krieg in Afghanistan an. Er betonte, dass unser Volk diesen Krieg mehrheitlich ablehnt und die vielbeschworenen Aufbauleistungen in keinem Verhältnis zu Leid und Tod der afghanischen Bevölkerung stehen. Doch auch den Tod deutscher Soldaten und die sinnlose Verschwendung von Milliarden Euro für den Krieg sprach er an.

Frank Eschholz von der „Sozialen-Bewegung-Land-Brandenburg“ (SBB) zeigte die Zusammenhänge von Kriegsausgaben und sozialer Not in der Bundesrepublik auf. Er ermunterte zum Weitermachen, auch wenn wir nur wenige sind.

Da so einige Potsdamer nach Neuruppin zum bunten Stadtfest gegen braunen Ungeist gefahren sind, waren nur etwa 120 Teilnehmer am Luisenplatz. Doch Klaus Freudigmann aus Berlin sowie Christine und Werner aus Eisenhüttenstadt machten mit ihren Liedern zu Gitarre und Mundharmonika gute Stimmung und so konnte nicht mal ein Graupelschauer die gute Laune trüben.

Hans-Georg Schmidt und Michael

Meixner führten dann den Demo-Zug zum Denkmal für den unbekanntem Deserteur.

Mit weiteren Reden gegen Krieg und soziale Ausgrenzung, mit Live-Musik und besagtem Graupelschauer endete diese Demo.

Am Ostersonntag bin ich dann zum wesentlich bekannteren und größeren Ostermarsch in die Kyritz-Ruppiner Heide gefahren. Wir haben uns

bei Schweinrich an der Mahnsäule getroffen. Zum Auftakt riefen christliche und politische Aktivisten zum Weitermachen auf. Der 9. Juli 2009 ist zwar ein Meilenstein in



der Geschichte der Kyritz-Ruppiner Heide: Aber ist die Heide wirklich frei? Das Bundesverteidigungsministerium hat zwar den Verzicht auf die Nutzung als Luft-Boden-Schießplatz erklärt, prüft aber weiterhin eine militärische Nutzung.

Die Ziele der Organisatoren sind folgendermaßen formuliert:

- für die Beendigung der militärischen Nutzung der Heide,
- für die Munitionsberäumung durch die Bundesrepublik,
- für eine zivile, friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Als weitergehende Vision ist folgender Ruf benannt: „Von der Kyritz-Ruppiner Heide soll Frieden ausgehen“.

Die Bundeswehr hatte einem Osterspaziergang auf ausgewiesenen Wegen unter strengen Auflagen zugestimmt.

Diese Auflagen, nur bundeswehrfreundliche Transparente und Foto-Verbot, wurden im letzten Moment (Ostersonnabend) zurückgenommen.

Es war ein langer Weg bis zum Pink-Point. Dieser war im Sommer 2007 unter dem Motto „Bomben nein – wir gehen rein“ mit zivilem Ungehorsam besetzt und pink angestrichen wor-

den. Dort konnten wir uns bei Kaffee und Kuchen ausruhen. Grußbotschaften, Glückwünsche und Musik sowie die Einladung der Organisatoren des Ostermarsches in der Colbitz-Letzlinger Heide am Ostermontag rundeten den kühlen, aber trockenen Nachmittag ab und die geschätzten 2.200 Teilnehmer (Radio RBB) machten sich gruppenweise auf den etwas kürzeren Rückweg.

Ebenfalls Ostermontag hat noch ein Ostermarsch von der „Berliner Friedenskoordination“ in Berlin stattgefunden. Meine Beine wollten aber nicht mehr.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Macht der Mai alles neu?

Komm lieber Mai
und mache
den Euro wieder groß.

Frau Merkel hat's
verzögert,
drum ging's
nach hinten los.

Der Euro
der fällt weiter,
weil sie nicht
regeln will.
So werden wir
nicht heiter,
Schwarz-Gelb führt
nicht zum Ziel.

Rainer Weigt

Linke Politik im Landtag

Airport-Express zum Flughafen BBI

Berlin und Brandenburg haben jeweils für den Airport-Express zum neuen Flughafen in Schönefeld einen eigenen Fahrplan beantragt. Demnach will Berlin zur vorgesehenen Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI) am 30. Oktober 2011 drei Züge pro Stunde zwischen Berlin-Hauptbahnhof und Flughafen fahren lassen, Brandenburg aber nur zwei. Einigen sich die Länder nicht, muss die Bahn die Entscheidung treffen. Die Flughafengesellschaft hält drei Züge pro Stunde im Abstand von 20 Minuten für erforderlich. Fahren die Züge lediglich alle 30 Minuten, gäbe es für einen Teil der angekommenen Fluggäste in Spitzenstunden keinen Platz mehr in dem Zug, so eine Prognose. Für Brandenburg stellt sich dies als schwierige Aufgabe heraus, mehr Wagen einzusetzen. Dazu müsste der Vertrag des Verkehrsverbundes mit der Bahn geändert und der bestehende Regionalverkehr durch Fahrzeitverlängerung belastet werden. Im Interesse beider Länder ist eine konsensfähige Lösung anzustreben.

Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes im Land Brandenburg absichern

Die freiwilligen Feuerwehren und die Helfer des Katastrophenschutzes sind derzeit die Grundlage des flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutzes und damit des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg. Die Zukunft von Brand- und Katastrophenschutz wird von deren Einsatzfähigkeit abhängen. Sie leisten darüber hinaus einen großen Beitrag für das soziale und gesellschaftliche Leben in unseren Brandenburger Städten und Dörfern. Dies soll auch so bleiben.

Der Landtag Brandenburg unterstützt die freiwilligen Wehren und die Helfer im Katastrophenschutz. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch

in Zukunft auf den Schutz durch die freiwilligen Feuerwehren und Helfer des Katastrophenschutzes und deren Einsatzfähigkeit vertrauen können.

Abschaffung der obligatorischen Straffreiheit für Steuerbetrüger nach Selbstanzeige

Das Steuerstrafrecht muss an das allgemeine Strafrecht angeglichen werden. Die Steuerstrafregeln begünstigen einen „reueigen“ Täter stärker als es im allgemeinen deutschen Strafrecht der Fall ist: § 371 Abgabenordnung (AO) enthält die strafbefreiende Wirkung der Selbstanzeige, wenn sich ein Täter vor Aufdeckung der Tat bei den Steuerbehörden meldet.

Mit dieser Vorschrift wird ein Steuerstraftäter jedoch gegenüber einem allgemeinen Straftäter privilegiert. Denn das allgemeine Strafrecht enthält nur in Ausnahmefällen Möglichkeiten der Berücksichtigung einer „Tätigen Reue“, wenn der Täter nach Vollendung seiner Tat wenigstens die schädlichen Folgen abzuwenden hilft. Zudem wird die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeigen in vielen Fällen rechtsmissbräuchlich in Anspruch genommen. Statt Unrechtsensicht ist nämlich die Risikobewertung der Entdeckung der alleinige Auslöser der Selbstanzeige. Dieses hat sich erst kürzlich an der sprunghaft gestiegenen Anzahl von Selbstanzeigen infolge des Ankaufs der „Steuerdaten-CDs“ offenbart. Denn für die Inhaber von Schwarzgeldkonten bei den betroffenen Banken gestaltet sich nun die Nachzahlung der Steuern ökonomisch vorteilhafter als die Inkaufnahme des Risikos einer erheblichen Bestrafung in einem Steuerstrafverfahren. Die gesellschaftsschädigende Tätergesinnung, Steuerhinterziehung u.a. als eine Art „Volkssport“ zu betreiben, bleibt hingegen grundsätzlich bestehen. Insofern wird der Zweck der Vorschrift, nämlich die Besserstellung eines einsichtigen Täters, der sein falsches



Handeln eingesehen hat und innerlich bereut, komplett verfehlt. Die Vorschrift wird daher meist nicht von denjenigen in Anspruch genommen, für die sie geschaffen worden ist.

Der gesellschaftliche Schaden, der durch Steuerhinterziehung in Deutschland entsteht, ist enorm. Die Bundesregierung beziffert die jährlichen Einnahmeausfälle auf ca. 100 Mrd. Euro. Das entspricht etwa 1/3 des Volumens des gesamten Bundeshaushaltes, dem Zehnfachen des Brandenburgischen Landeshaushaltes, in etwa dem Volumen des diesjährigen Staatsdefizites und dem fünffachen Volumen der Gesamtausgaben des Bundes für ALG-II-Leistungen. Steuerhinterzieher leben daher sprichwörtlich „auf Kosten“ der Gemeinschaft. <

Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde
Tel/Fax: 03371-406544
E-Mail: buerolukwehlan@aol.com
Internet: www.konni-wehlan.de

DIE
DIE LINKE.
RENTE
www.die-rente-die-linke.de

8. Mai 2010 - 65. Jahrestag der Befreiung

Aus diesem Anlass fand am 30. April eine repräsentative Veranstaltung des Landes Brandenburg am sowjetischen Ehrenmal in Baruth und auf dem Waldfriedhof in Halbe statt. Wir erhielten dazu eine Einladung vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V..

Es war ein würdiges, emotional ergreifendes Gedenken an die, die ihr Leben gaben für die Befreiung unseres Volkes vom Faschismus. Alle wurden sie einbezogen, die Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition und die Partisanen und Widerstandskämpfer in vielen Ländern Europas. Der besondere Dank an die Völker der damaligen Sowjetunion und ihrer Roten Armee wurde von allen Rednern ausgesprochen. Groß war die Anzahl der Gäste – ca. 80 bis 100 aus Berlin und Brandenburg; dabei auch Genossen unserer Partei (z. B. Gen. Markov als stellv. Ministerpräsident, die Landtagsabgeordneten Gerrit Große und Kornelia Wehlan oder der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord). Gesprochen zu uns haben Landtagspräsident Gunther Fritsch, Herr Ilk als Bürgermeister von Baruth, Herr Reinhard Führer als Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sowie ein Vertreter der russischen Botschaft.

Sie alle brachten u.a. zum Ausdruck, dass dieser 8. Mai 1945 für uns Verpflichtung sein muss, alles zu tun, dass die Völker in Frieden und Freundschaft zusammenleben, dass der Krieg kein Mittel sein darf, Probleme zu lösen. Es muss heißen: „Kein Krieg – nirgends“.

Die musikalischen Darbietungen des Landespolizeiorchesters sowie ein Besuch der Krypta des Ehrenmals sprachen uns gefühlsmäßig sehr an.

Das anschließende Gedenken auf dem Waldfriedhof Halbe wurde als Andacht gestaltet; Superintendentin Furian aus Zossen fand bewegende und klare Worte zum Thema: „Gott will nicht, dass Krieg ist“. Danach

wurden wie auch schon in Baruth Kränze und Blumen niedergelegt.

Für uns alle war diese Ehrung eine Mahnung und ein Auftrag, gegen das Vergessen und gegen die Herabwürdigung der Bedeutung des 8. Mai 1945 zu wirken.

Es ist uns unverständlich, dass die Veröffentlichung in der Tagespresse so mangelhaft war, vor allem in der Vorankündigung.

*Christa und Günter Zernick,
Am Mellensee*

Die Gedenkfeier zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus auf dem Stalag-Friedhof in Luckenwalde überraschte mich dahingehend, dass in der Rede des Koordinators für deutsch-russische zwiischengesellschaftliche Zusammenarbeit bei der Bundesregierung einige unserer Positionen enthalten waren. So anerkannte er, dass die Sowjetunion die größte Last des zweiten Weltkrieges zu tragen und die größten Opfer gebracht hatte. Wohltuend auch die Lehren für die Zukunft im Zusammenleben unserer Völker.

Aber warum werde ich das Gefühl nicht los, dass diese Erklärungen nicht ehrlich sind, das Gedenken geheuchelt ist? Kein Wort davon, dass derjenige, der die Rassengesetze erarbeitet hatte, nach denen Millionen von Menschen gedemütigt, verschleppt und ermordet worden waren, die rechte Hand Konrad Adenauers war. Kein Wort, dass kein Nazirichter zur Verantwortung gezogen worden ist. Filbinger, der drei Tage nach der Kapitulation noch drei Matrosen wegen Desertation erschießen ließ, wurde Ministerpräsident und erhielt nach 1990 das Bundesverdienstkreuz. Kein Wort, dass die BRD erst 1993 die Oder-Neiße-Grenze als endgültig anerkannt hat. Jahrzehnte verlangten bundesdeutsche Regierungen die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937.

Und Luckenwalder Stadtverordnete hatten nach der „Wende“ nichts Eiligeres zu tun, als den Namen eines sowjetischen Soldaten, der seinen Einsatz mit dem Leben bezahlt hatte, dessen Weg von Schülern der EOS erforscht worden und dem dann eine Straße gewidmet war – Gardeleutnant Jerofejew, Held der Sowjetunion – zu streichen und in Salzuffer Allee umzubenennen.

Und am 9. Mai 2010 fiel kein Wort, dass es die PDS/LINKE war, die in den vergangenen Jahren als einzige gesellschaftliche Kraft das Gedenken wachgehalten hatte. Wir wurden in der Rede nicht einmal erwähnt.

Warum werde ich das Gefühl nicht los, dass das Gedenken geheuchelt ist?

Diese Gedanken äußerte Ralf Köbke im sowjetischen Ehrenhain auf dem Luckenwalder Waldfriedhof. Mitglieder der LINKEN legten wie jedes Jahr an jedem der 89 Grabsteine und am großen Gedenkstein Blumen nieder – Rosen, Nelken, Flieder, Maiglöckchen. Beim Abzug der russischen Streitkräfte im Sommer 1994 hatten wir es ihren Vertretern versprochen.

Im offiziellen Gedenken anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung spielte diese Erinnerungsstätte für Luckenwalder Politiker keine Rolle. Sie ordneten sich in die Gedenkveranstaltung der Bundesregierung ein, die dieses Mal besonders der Kriegsgefangenen gedachte. Auf dem Waldfriedhof aber sind die Gräber der Kämpfer der Roten Armee, die bei der Befreiung von Luckenwalde ihr Leben gelassen haben – 17 Tage vor Kriegsende. Darunter befindet sich auch der Held der Sowjetunion Alexander Wasiljewitsch Jerofejew, dessen Familie erst durch Recherchen von Schülern der EOS Luckenwalde erfahren hat, wo ihr Sohn/Bruder ums Leben gekommen ist.

Auch 65 Jahre nach Kriegsende gilt: Die Toten mahnen uns!

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Drastische Einsparungen mit verheerenden sozialen Folgen

Wenn Schwarz-Gelb vom Sparen redet, droht soziales Unheil. Streichungen im Arbeits- und Sozialhaushalt haben nichts mit Sparen zu tun, sie werden im Gegenteil zu weiteren sozialen Verwerfungen führen, die Bund, Länder und Kommunen teuer zu stehen kommen werden. Anstatt endlich in der völlig verfehlten Steuerpolitik Wege zu gehen, mit denen die Einnahmen sozial gerecht erhöht werden können, will sich die Bundesregierung das Geld bei denen holen, die sich am wenigsten wehren können, weil sie oftmals schon an der Grenze zum sozialen Abseits stehen.

Anstatt im Arbeits- und Sozialhaushalt noch weiter zu kürzen, sollte sich die Bundesregierung endlich zu einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro entschließen, wie ihn auch DIE LINKE. im Bundestag erneut gefordert hat. Der Hartz-IV-Etat würde um Milliarden Euro entlastet, in die öffentlichen Kassen käme mehr Geld, die Binnenkonjunktur würde einen Wachstumsschub erhalten. Das wäre endlich einmal ein nachhaltig wirkendes Konjunkturprogramm.

Wer vom Sparen spricht, meint Kürzen

Wie alle ja vorausgesagt haben, wurde nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl sehr schnell deutlich, wo die Bundesregierung kürzen und streichen will. Es geht nicht ums Sparen - man verwechselt häufig diese beiden Wörter - Sparen bedeutet ja, man legt sich Geld zurück, was man später für vernünftige und gute Zwecke verwenden kann. Was jetzt passieren soll, ist die reine Kürzungssorgie. Wir als LINKE sind auch der Auffassung, dass im Bundeshaushalt gekürzt werden kann. Und zwar ganz konkret im Rüstungsetat und bei unsinnigen Prestigeobjekten.

Bundeswehr führt in Afghanistan einen Wirtschaftskrieg

Das war kein Missverständnis. Köhler hat offen gesagt, was nicht zu leugnen ist. In Afghanistan riskieren Bundeswehr-Soldaten Gesundheit und Leben für die Exportinteressen riesiger Konzerne. Die laute Kritik der SPD soll nur von der Verantwortung der Sozialdemokraten für dieses militärische Abenteuer ablenken. Das ist kein friedenssichernder Einsatz, sondern ein Krieg um Einfluss und Rohstoffe. Die Afghanistan-Mandate des Bundestags decken die Realität am Hindukusch nicht ab. Das Grundgesetz erlaubt der Bundeswehr keine Wirtschaftskriege. Mit Krieg schafft man keinen Frieden. Die Bundeswehr muss aus Afghanistan abziehen. So will es die Mehrheit der Bevölkerung. Der Einsatz muss so schnell wie möglich neu im Parlament abgestimmt werden. Dann muss jeder Abgeordnete vor seinem Gewissen verantworten, ob er unsere Soldaten in einen Krieg schicken will, der den Exportinteressen deutscher Unternehmen dient.

Für einen Politikwechsel - DIE LINKE stärken

11,9 Prozent der Stimmen bei der Bundestagswahl und überzeugende Wahlergebnisse in den Ländern gehören zur Gründungsbilanz der LINKE. Mit 5.155.933 Wählerinnen und Wählern haben wir nach zwei Jahren mehr Zuspruch als Grüne und CSU. Mit den Landtagswahlen 2009 sind wir in sechs westdeutschen und vier ostdeutschen Landtagen parlamentarische Opposition. Jetzt gelang im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen der Einzug in den Düsseldorfer Landtag.

In Berlin und Brandenburg tragen wir Verantwortung als Partner in den Landesregierungen. DIE LINKE wächst - auch außerhalb der Parlamente.



Wir sind alle Griechen!

An Griechenland soll ein Exempel für eine Kürzungspolitik statuiert werden, wie sie auch bei uns droht. Der Widerstand in Griechenland sollte deshalb Vorbild für uns sein und fordert unsere Solidarität. DIE LINKE ruft auf, an den bundesweiten Demonstrationen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart teilzunehmen.

Wir demonstrieren: gegen die unsoziale Kopfpauschale, gegen die Rente erst ab 67 Jahren, für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni, für handlungsfähige Kommunen, für die Regulierung der Finanzsysteme und die Vergesellschaftung der Banken, für Solidarität mit den griechischen Kolleginnen und Kollegen!

Auf die Straße am 12. Juni! <

Großer Dank an unsere „JüterRocker“, ohne die unser Fest nicht zustande käme:

Manfred Neumann, der uns alles transportiert, egal woher und wohin; Druckservice Gorisek, die für ein gutes Outfit sorgen; Bernd Dieske, Flämingbau, sorgt für die Einzäunung; Fa. Koplín, die den Platz oft sauberer macht als er war; Fleischer Mario Belz, der nicht nur die Crew bestens versorgt; Mario Felgentreu, der mit einer Geldspende von Beginn an unterstützt.

Allen ein ganz dickes Dankeschön!!!

Eine Frage des Blickwinkels

Immer wenn ein CDU-Politiker hustet, erscheint in der MAZ, Luckenwalder Rundschau, ein Bericht, häufig mit Foto. Die Berichte sehen dann so aus, als ob die CDU jahrelang in der Opposition war und nicht erst vor gut einem halben Jahr abgewählt wurde. Wenn es aber über Aktivitäten der LINKEN in unserem Kreis zu berichten gibt, hält sich die Lokalpresse beschämend zurück. Nicht erst einmal haben wir uns über die einseitige Berichterstattung bei der Redaktion beschwert. Der Hinweis, dass es eine Pressefreiheit gebe, stößt ins Leere, denn wir wissen, welches Klientel der „Mutter-Verlag“ bedient. Oft kritisieren Herr Eichelbaum und seine Mitstreiter Fehlentwicklungen, die sie vor einem halben Jahr selbst vertreten haben bzw. selbst zu verantworten haben. Sie scheuen sich auch nicht, in Trittbrettfahrer-Manier Maßnahmen zu fordern, die schon lange korrigiert werden. Die jüngste Forderung, die Rockerbanden zu verbieten, wäre schon unter Schönbohm möglich gewesen. Es wäre doch wohl äußerst wichtiger, die NPD zu verbieten. Aber da fehlte und fehlt wohl die Courage der CDU.

So sieht es natürlich auch bei der Haushaltsdiskussion in unserem Kreis aus. Natürlich ist die finanzielle Anspannung in den Kommunen insgesamt dramatisch. Die kommunalen Verbände schlagen Alarm. Die Städte und Gemeinden sind insgesamt mit ca. 15 Milliarden Euro ver-

schuldet. Alles das ist CDU-Politik. Ein Ende ist nicht abzusehen. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen ist seit Langem bekannt und wird durch die gegenwärtige Finanzpolitik der Bundesrepublik noch verschärft. Im Haushaltsentwurf unseres Kreises wird auch im Kleinen die ganze Misere der finanziellen Handlungsmöglichkeiten deutlich. Aufgrund des nicht ausgeglichenen Haushaltes wird auch ein Haushaltssicherungskonzept zu verabschieden sein.

Die größten finanziellen Belastungen liegen in unserem Kreis bei der Finanzierung des vierspurigen Ausbaus der B101n, dem neuen Kreishaus und den finanziellen Belastungen aus der sozialen Grundsicherung. Über die beiden ersten Investitionsmaßnahmen wurde in der Vergangenheit viel über die Notwendigkeit diskutiert und wir als LINKE haben auf die finanziellen Belastungen hingewiesen. Alle diese Vorhaben wurden mit Stimmen der CDU beschlossen und wir müssen damit leben. Die finanziellen Belastungen der sozialen Grundsicherung, das sind insbesondere die Kosten des ALG II (Hartz IV), sind Pflichtaufgaben und sie sind zu realisieren. Bei den Gesetzgebungen zu den Hartz-IV-Gesetzen wurde den Kommunen eine finanzielle Entlastung versprochen. Das Gegenteil ist der Fall, durch die Kürzung der Zuweisungen vom Bund für die Kosten der Unterkunft werden die Belastun-

gen noch größer. Umso erfreulicher sind die richtungweisenden Ziele des Kreishaushalts, dass es bei den freiwilligen Aufgaben keine Reduzierungen geben wird. Daran haben wir einen besonderen Anteil und wir haben in der 1. Beigeordneten, Kirsten Gurske, und in dem Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses, Dirk Hohlfeld, sowie bei allen Mitgliedern unserer Fraktion gute Sachwalter.

Massive Angriffe gibt es seitens der CDU-Fraktion gegen die kreiseigene Struktur- und Wirtschaftsfördergesellschaft (SWFG). Wir wissen, dass die SWFG wirtschaftlich nicht gewinnbringend arbeitet. Das war auch nie die vordringlichste Aufgabe. Ziel war und ist es, Wirtschaftsunternehmen in unserem Kreis anzusiedeln. Das ist auch in hervorragender Weise gelungen. Wir als LINKE haben diese Entwicklung immer mitgetragen (obwohl wir in der Opposition waren), wobei wir natürlich auch einen sparsamen Umgang mit den finanziellen Mitteln gefordert haben. Was die CDU mitgetragen hat, soll nun nicht mehr gelten. Selbst auf die Gefahr hin, dass man sich dabei rechtliche Probleme einhandelt. Herr von der Bank (CDU) musste sich schon öffentlich wegen Unkorrektheit (vorsichtig ausgedrückt) in der Presse entschuldigen. Die Fraktion DIE LINKE wird eine konstruktive Haushaltspolitik für die Bürger in unserem Kreis vertreten.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen ist hier das alte neue Bahnhofsgelände in Luckenwalde. Nach langen Jahren Leerstand und Verfall wurde das denkmalgeschützte Gebäude einer neuen Nutzung zugeführt. 2006 kaufte die Stadt das gesamte Bahnhofsensemble von der Deutschen Bahn AG und beschloss,

die verschiedenen Zweigstellen der Bibliothek an diesem Ort zur Stadtbibliothek mit integriertem Café und einer vielseitig nutzbaren Veranstaltungsfläche zusammenzulegen. Am 19. Juni 2008 konnte die Bibliothek im Bahnhof eröffnet werden. <

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Kinderbetreuung zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machen

Der Bund muss sich dauerhaft an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung beteiligen und darf Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen.

Damit ist DIE LINKE an der Seite von Stephan Articus, dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, der einen stärkeren finanziellen Einsatz von Bund und Ländern für den geplanten Ausbau der Kinderbetreuung forderte. „Uns geht es nicht darum, den Rechtsanspruch ab 2013 in Frage zu stellen, aber es fehlen noch Milliardenbeträge, um ihn zu verwirklichen“, sagte Articus.

Diese Warnung ist nur zu verständlich. Die Bundesregierung hat mit einem zu begrüßenden Rechtsanspruch die Fakten geschaffen und die Kommunen sollen am Ende die

Rechnung begleichen, denn dort werden die Eltern 2013 ihre berechtigte Forderung nach einem Kita-Platz aufmachen.

Der Ausbau der Tagesbetreuungsplätze geht zu langsam vonstatten. Viele Kommunen vor allem in den westdeutschen Bundesländern erreichen bei Weitem nicht die Ziele. Finanzierungsprobleme machen es den Trägern vor Ort schwer, entsprechend zu investieren und die Infrastruktur für Familien mit Kindern zu schaffen. Der Grund: Die Kommunen konnten und können den weiteren Ausbau aufgrund ihrer klammen Kassen nicht stemmen. Vier Milliarden Euro stehen von Bundesseite zur Verfügung. Ich fordere, diese weitere aufzustocken, weil das vorgesehene Sondervermögen für das Volumen des Ausbaus nicht ausreichen wird. Wenn die Bundesregierung die

Kinderbetreuung zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ausruft und die Bundeskanzlerin Bildung zur Chefsache macht, kann die Schlussfolgerung eigentlich nur sein, dass das Gros der Finanzierung am Ende nicht an den Kommunen hängen bleiben darf. Kinderbetreuung ist ein soziales Recht für Eltern und Kinder. Gute Kinderkrippen und Kindergärten helfen, Kinder zu bilden, zu betreuen und zu erziehen. Sie sind Orte des sozialen Lernens, gemeinsamen Spielens und Entdeckens. Sie können am Abbau sozialer Ungleichheit mitwirken und sie sind für viele Kinder das Tor in die Gesellschaft. <

... und immer an die Leser denken

Liebe Freunde von [solid], das war wohl nisch. Da wird in der Mai-Ausgabe mal ganz munter über (die VR?) China philosophiert. Wer diesen Artikel verstehen will, muss aber mindestens das intellektuelle Niveau eines Financial-Times-Experten haben. Dieser Artikel strotzt nur so von Fachbegriffen und Ungenauigkeiten. Wer sich dennoch durchwurstelt, kommt zu dem Ergebnis: „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich's Wetter oder es bleibt wie es ist.“ Tja, wenn die VR China bereit ist, dem Druck der USA nachzugeben, wenn! Wer sich ein wenig mit der gesellschaftlichen Entwicklung der VR China auskennt, wird wissen, dass die VR China eine ökonomische Stärke erreicht hat, die es ihr ermöglicht, sich unabhängig von Drohgebärden anderer Staaten kooperativ in die Weltpolitik einzubringen.

Ich bin mir ganz sicher, dass die Regierung der VR China alles unterlassen wird, was dem eigenen Vol-

ke schadet und dem Finanzkapital der so genannten Industrieländer nutzt. Selbstverständlich hat auch die VR China unter der Finanz- und Wirtschaftskrise der westlichen Welt zu leiden. Nur hat sie nicht wie beispielsweise in den USA und in Deutschland den Banken nichtvorhandene Milliardenbeträge zum Überleben zugeschanzt, sondern ihr Land, ihre Wirtschaft mit dem weiteren Ausbau der Infrastruktur, des Sozial- und Bildungswesens sowie mit umweltfreundlichen Maßnahmen (z.B. Aufforstung) gestärkt.

Wie aktuelle politische Ereignisse zeigen, hat sich das chinesische Herangehen positiv auf die notwendige Verbesserung des Lebensniveaus des Volkes ausgewirkt. Die Wirtschaft konnte weiter wachsen und, um bei der Preisentwicklung zu bleiben, die Verbraucherpreise sind im letzten Jahr um 0,8 % gesunken. Die Devisenreserven weisen Ende des Jahres 2009 einen Bestand von 2.399,2

Mrd. US-Dollar aus (2009 betrug der Zuwachs 4.431 Mrd. US-Dollar).

In der westlichen Welt sind im gleichen Zeitraum – und das bekommen wir alle bitter zu spüren – die Finanzen und die Wirtschaft von einer Krise in die nächste geführt worden und das bei einem drastischen Sozialabbau. Gegenwärtig befindet sich die EU in einer tiefen Finanzkrise und Griechenland am Rande eines Bürgerkrieges.

Liebe Jugendfreunde, ob sich die Financial Times in Fernost einen Crash herbeisehnt oder nicht, ist ziemlich bedeutungslos. Eure Meinung zu näher liegenden Themen würde bestimmt weitaus mehr Leser interessieren. Übrigens: Informationen über die Entwicklung in der VR China kann man gerade in unserer Region sehr einfach erlangen, seht Euch bitte dazu beispielsweise den Artikel auf Seite drei der Mai-Ausgabe im LinksBlick an.

Manfred Gustke, Luckenwalde

Im Land der Postbotenfolter

Es ist vollbracht: DIE LINKE schaffte am 9. Mai mit 5,6 % der Stimmen den Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag. Einen gewissen Anteil daran hatten auch wir, zwei Genossen aus Blankenfelde-Mahlow, die im Landkreis Kleve Wahlkampf für die LINKEN-Spitzenkandidaten Anke Bongartz und Klaus Golbach machten.

Während der letzten fünf Tage vor der Wahl verteilten wir zwei in verschiedenen Städten und Gemeinden des Landkreises Kleve rund 2.500 Wahlkampfzeitungen samt Kandidaten-Infofaltblättern in Hausbriefkästen. In diesem traditionell tiefschwarzen Landkreis, in dem die CDU seit Jahrzehnten problemlos Wahlergebnisse von 50 % plus x einfährt, reichte es leider nur für 4,1 % der Erst- und 4,25 % der Zweitstimmen. Dennoch kann man von einem Achtungserfolg und einer deutlichen Verbesserung gegenüber den Landtagswahlen 2005 sprechen, bei denen die PDS

im gleichen Landkreis nur magere 0,75 % der abgegebenen Stimmen errang. Bis wir der CDU diesen Landkreis abjagen, wird es aber noch ein paar Jahre dauern.

Der Kreisverband Kleve hat etwa 120 Mitglieder, wovon aber nur ein Bruchteil aktiv ist. Also im Grunde nicht anders als bei uns in Brandenburg. Die wenigen aktiven Genossen sind über den ganzen Landkreis verstreut, zum Teil gibt es hartgesottene und unermüdliche Einzelkämpfer, die weitgehend auf sich allein gestellt so beachtliche Dinge wie selbst gemachte Zeitungen auf die Beine stellen und immer wieder zu den verschiedensten Gelegenheiten das Gespräch mit den Bürgern suchen. Dabei treffen sie häufig immer noch auf Vorbehalte, die Ablehnung sei aber schon nicht mehr so drastisch wie noch vor einigen Jahren, wie uns mehrere Genossen versicherten. Zunehmend erhalte man für einzelne Positionen und Ziele der LINKEN Zustimmung,

das Misstrauen nehme langsam ab. Die politische Zusammensetzung der Kreisverbandsmitgliedschaft ist sehr vielgestaltig, die größten Probleme gibt es gegenwärtig mit einer Gruppe von Mitgliedern, die im Internet gegen die LINKE Front machen.

Unser Aufenthalt war sehr angenehm, es mangelte nicht an leckerem Essen, geistigen Getränken und bequemen Betten. Wir wünschen den Klever Genossen viel Erfolg bei Mitgliedergewinnung und Struktur Aufbau, damit es bei den nächsten Landtagswahlen 2015 12 % werden.

Außerdem hoffen wir, dass sie sich für das sofortige Verbot der Briefkastenfolter in NRW stark machen. Mit der weit verbreiteten Unsitte knapp über Türschwellenhöhe installierter Briefkastenschlitze muss endlich Schluss sein. Postboten und Wahlkämpfer werden es danken.

Ingo Thiedemann & Alexander Fröhlich, Blankenfelde-Mahlow

Empörende „Entsorgung“ antifaschistischer Geschichte



Erschreckender Anblick in Ziegenhals

Foto: Freundeskreis E-T-G

Trotz zahlreicher nationaler und internationaler Proteste wird die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin abgerissen. Dazu erklärt das Mitglied des Parteivorstands der LINKEN, Helmut Scholz, (MdEP) am 4. Mai 2010:

„Die begonnene Beseitigung der

Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals ist empörend. Nur wenige Tage vor dem Tag der Befreiung widerspiegelt der Abriss jener Tagungsstätte, in der Ernst Thälmann im Februar 1933, kurz vor seiner Verhaftung, im Kreis der KPD-Führung zum Kampf gegen die Nazi-Diktatur aufrief, einen

mehr als fragwürdigen Umgang mit der deutschen Vergangenheit und dem antifaschistischen Widerstand.

Missachtet wird zugleich der Wille vieler Bürgerinnen und Bürger über Parteigrenzen hinweg, einen Ort des Gedenkens an den von den Faschisten eingekerkerten und ermordeten Führer der deutschen Arbeiterbewegung zu erhalten. Die `Entsorgung` antifaschistischer Geschichte und der Traditionen der Arbeiterbewegung ist ein verheerendes politisches Signal.“

Die authentische Gedenkstätte ist inzwischen abgetragen. Das Vermächtnis Thälmanns muss erhalten bleiben, ohne Wenn und Aber. Angesichts des immer penetranter werdenden Rechtsradikalismus kann die Schlussfolgerung nur lauten: Wer nur reagiert, den bestraft das Leben.

M.G.

Lesung mit Erinnerungswert

Dass Luckenwalde eine Bibliothek im früheren Bahnhofsgebäude hat, ist hinlänglich bekannt. Welche Assoziationen diese Tatsache auslösen kann, erlebten ca. 60 meist interessierte Zuhörer bei einer Lesung von Dr. Hermann Schulz aus seinem Buch „Sprung ins zweite Leben“ am 21. April 2010. Mit diesem Gebäude verband der 1921 in Luckenwalde geborene Verfasser drei wichtige Ereignisse:

Im Sommer 1941 hatte er sich an diesem Ort von seinen Eltern in den zweiten Weltkrieg verabschiedet. Am 23. Dezember 1945 kam er aus englischer Kriegsgefangenschaft auf diesem Bahnhof wieder zu Hause an – das schönste Weihnachtsgeschenk für seine Eltern und für ihn selbst. Und nun las er hier aus seinen Erinnerungen.

Dank an die Enkel von Dr. Schulz! Sie hatten ihren Opa aufgefordert, sein abwechslungsreiches Leben aufzuschreiben. Und so erfuhren wir vor allem Gedanken, Beweggründe, die seine Lebensetappen bestimmt hatten. Das gilt sowohl für seine Kindheit und frühe Jugend in Luckenwalde als auch für die im Krieg verlorenen Jahre. Die Zeit nach seiner Rückkehr sparte er im Wesentlichen in seiner

Lesung aus. Sie bleibt dem Leser dieser Erinnerungen vorbehalten.

Mich faszinierte, wie ein 89-Jähriger sein Buch vorstellte, mit wacher Stimme, mitreißend. Das Publikum zollte ihm begeistert Beifall. Einige Ältere kannten ihn noch, hatten z.B. mit ihm gemeinsam 1946 den Neulehrerlehrgang in Jüterbog besucht. So wurde ein Stück Luckenwalder Geschichte lebendig.

Außerdem betrachtet Dr. H. Schulz sein Leben in den jeweiligen gesellschaftlichen Etappen sehr kritisch, dennoch bleibt er dabei sachlich differenziert. Beim Lesen fand ich oft meine Sicht auf die DDR bestätigt. In diesen Erinnerungen werden viele Gründe genannt, warum der Versuch, ein besseres Deutschland aufzubauen, fehlgeschlagen ist.

Für mich wurde das Lesen zum AHA-Erlebnis, denn einer meiner Onkel, Fritz Bast (den älteren Jüterbögern noch gut bekannt), hat im Leben von Dr. Hermann Schulz eine nicht unwichtige Rolle gespielt.

„Sprung ins zweite Leben“ und die Lesung waren ein wichtiger Beitrag zum 65. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus und 20 Jahre nach der „Wende“.

*Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal*

8. Mai 2010 in Jüterbog

Eingeladen hatte das „Bündnis gegen jegliche Gewalt und rechte Gesinnung“ zur Ehrung des 65. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus an die Gedenkstätte Am Damm in Jüterbog. Maritta Böttcher, Mitinitiatorin des Bündnisses und Vorsitzende des Regionalverbandes der LINKEN, machte in einer sehr emotionalen Rede deutlich, welche Bedeutung, auch für die Zukunft, dieser Tag hat.

Kinder der KITA „Petzi´s Kinderland“ sangen „Kleine weiße Friedentaube“ zum Auftakt der Veranstaltung, zu der vorwiegend Mitglieder

und Sympathisanten der Parteien DIE LINKE und SPD erschienen waren.

Der Vertreter der Botschaft der russischen Förderation in Deutschland, Ilya Erofeev, unterstrich in seiner Rede, dass es keinen Grund gebe, die geschichtlichen Ereignisse umzudeuten, und den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung zu begreifen.

Unser Genosse Peter Anders berichtete als Zeitzeuge vom Grauen des Krieges, den er als Kind erlebt hatte.

Petra Haase, Jüterbog

JüterRock 2010

Der Regionalverband Teltow-Fläming Süd und die Band „SIX“ boten Nachwuchsbands aus unserer Region wieder eine Plattform



Klempo & Friends Foto: K. Pollmann

Die Band SIX, die auch in diesem Jahr Höhepunkt des JüterRock auf der Festwiese im Schloßpark war, stellt die Frage „Amboss oder Hammer sein?“ in einem ihrer Songs. In der gemeinsamen Organisation des Festivals für regionale Nachwuchsbands und die vielen begeisterten Zuschauer ist diese Frage beantwortet. Maritta Böttcher als Vorsitzende des Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd der Partei DIE LINKE, SIX und zahlreiche Sponsoren



Supersigh & Co Foto: K. Pollmann

packen nun schon seit Jahren kräftig an, wenn es um die Planung, Vorbereitung und Durchführung des JüterRock geht. Denn, so erfahren wir in dem genannten Song von SIX: „Wenn du etwas wirklich willst / Dann werden Wunder wahr.“

Klaus Pollmann, Altes Lager

LeseRatte

„Die DDR und die Juden – Eine kritische Untersuchung“ von Detlef Joseph

Dieser Titel ließ mich aufmerken. Wird erneut gegen die DDR geschrieben werden ähnlich wie beim Antifaschismus? Das waren meine ersten Gedanken. Der Artikel im „Neuen Deutschland“ machte mir Hoffnung, dass es in diesem Buch wirklich um eine kritische Betrachtung geht.

Im Klappentext heißt es: „In der ostdeutschen Republik lebten nur noch wenige Juden. Das war dem



verbrecherischen Nazireich geschuldet. Wie ging die DDR mit ihren jüdischen Landsleuten um? Wurden sie geachtet oder ausgegrenzt? Oder verschwieg man gar ihre Herkunft?

Detlef Joseph hat recherchiert, wie das damals war. Anlass für seine kritische Untersuchung sind Behauptungen von einem Antisemitismus in der DDR. Nachdem bereits ihr Antifaschismus in Frage gestellt wurde, soll ihr nunmehr auch ein antisemitischer Charakter zugeschrieben werden. Joseph prüft, ob es dafür Indizien gab.“

Einfach zu lesen ist dieses Buch sicherlich nicht. Detlef Joseph beweist an Fakten, wie durch bewusstes Weglassen bei Zitaten, z. B. aus Briefen von Karl Marx, ein völlig anderer Zusammenhang entsteht. Damit wird „festgestellt“, dass Marx Antisemit gewesen ist. Josef untersuchte das Leben der jüdischen Gemeinden in der DDR und ihr Verhältnis zum Staat DDR. Herausgefunden hat er große Unterschiede sowie Veränderungen in diesem Verhältnis, die sich im Laufe der Existenz der DDR ergaben. „Mit der Gründung des Staates und der Schaffung seiner Armee wuchs

Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Walter Weber in Schöna-Kolpien zum 81. Geburtstag am 13.06.

Heinz Thymian in Klausdorf zum 78. Geburtstag am 13.06.

Günter Dietze in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 14.06.

Achim Reichardt in Rangsdorf zum 81. Geburtstag am 15.06.

Ingeborg Grabow in Dahlewitz zum 77. Geburtstag am 15.06.

Marianne Weckener in Luckenwalde zum 89. Geburtstag am 16.06.

Gertraude Schenk in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 18.06.

Paula Neubauer in Ludwigsfelde zum 96. Geburtstag am 19.06.

Gisela Schmidt in Jüterbog zum 79. Geburtstag am 20.06.

Otto Fritsche in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 20.06.

Ingeborg Hahn in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 22.06.

Horst Wende in Baruth/Mark zum 72. Geburtstag am 27.06.

Bernd Hillner in Jüterbog zum 72. Geburtstag am 28.06.

Heinz Irrgang in Zossen zum 92. Geburtstag am 01.07.

Ralf Köbke in Woltersdorf zum 71. Geburtstag am 02.07.

Johannes Schmidt in Jüterbog zum 81. Geburtstag am 04.07.

Willi Hilka in Blankenfelde zum 83. Geburtstag am 05.07.

Ilse Krone in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 06.07.

Ingeborg Kliemann in Großbeeren zum 82. Geburtstag am 09.07.

Rita Schreiber in Jüterbog zum 70. Geburtstag am 14.06.

Hans-Joachim Hübener in Luckenwalde zum 75. Geburtstag am 21.06.

Maria Scharf in Ludwigsfelde 80. Geburtstag am 02.07.

Horst Koletzky in Ludwigsfelde zum 85. Geburtstag am 02.07.

Manfred Müller in Jüterbog zum 75. Geburtstag am 02.07.

Wolfgang Meier in Blankenfelde zum 80. Geburtstag am 06.07.

das Selbstvertrauen – aber es wurde zu groß, es schlug um in einen unheilvollen Nationalismus und schuf damit die Situation des möglichen Missbrauchs der geschaffenen Macht, umsomehr Regierung und Wirtschaft dieses Staates mehr und mehr in eine Abhängigkeit von den internationalen Interessen der USA geriet. Dazu kam ein völliges Verkennen der Rechte der arabischen Völker dieser Region.“ – wird Dr. Peter Kirchner zitiert zum Verhältnis der DDR zum Staat Israel.

An anderer Stelle heißt es: „An dieser Stelle ist es angebracht, daran zu erinnern, dass es nicht nur keinen Antisemitismus als >>DDR-Staatsräson<< gegeben hat, sondern dass im Gegenteil großzügige Unterstützungen zu Buche schlagen.“ Ereignisse, die einen antisemitischen Hintergrund möglich erscheinen lassen,

werden von Detlef Joseph benannt und kommentiert.

„Beigegeben, und hier erstmals veröffentlicht, ist dem Buch die Bibliografie aller zwischen 1945 und 1990 im Osten erschienenen Publikationen zum Thema. Renate Kirchner, bis 2002 Leiterin der Bibliothek der jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße zu Berlin, hat sie erarbeitet. Diese Liste ist geradezu sensationell. „Die Bibliografie ist in verschiedene Bereiche gegliedert, darunter auch Romane, Kinderbücher, Erzählungen und Novellen. Es finden sich Namen wie Anne Frank, Anna Seghers, Peter Edel, Heinrich Heine, aber auch Alexander Abusch und Friedrich Karl Kaul. Wer sich für das Thema „Die DDR und die Juden“ interessiert, sollte zu diesem Buch greifen.

Petra Haase, Jüterbog

Termine



Gemeinsinn und Erneuerung - Rot-rote Finanzpolitik in Brandenburg

Forum mit Finanzminister
Dr. Helmuth Markov
am 10. Juni 2010 um 19.00 Uhr
im Kreishaus Luckenwalde

14.06.10 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

16.06.10 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

25.06.10 16.00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
Eckbusch Luckenwalde

Lesung mit Annelies Laschitza



Rosa Luxemburg.
Im Lebensrausch, trotz alledem
Eine Veranstaltung zur Erinnerung an
den 91. Jahrestag
der Beisetzung Rosa Luxemburgs
13. Juni, 19.00 Uhr im Waldstadt-
Treff, Gutenbergstraße
in Zossen, OT Wünsdorf

Wir trauern um
unseren Genossen
Horst Pechmann
Ehre seinem Andenken

DIE LINKE.
Kreisverband
Teltow-Fläming

DIE LINKE.
Basisorganisation
Mahlow

Mit Trauer erfuhren wir vom Tod
unserer Genossin

Renate Heise
In ehrendem Gedenken

DIE LINKE.
Kreisverband
Teltow-Fläming

DIE LINKE.
Basisorganisation 2
Blankenfelde

„Gesundheitsvorsorge im Land“

Teltow-Fläminger Gewerkschaftsforum
des DGB Kresverbandes Teltow-Fläming im Zusammenarbeit mit dem
Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes
Brandenburg

Diskussion mit der Brandenburger Gesundheitsministerin Anita Tack

Dienstag, 15. Juni 2010
17.00 Uhr im Kreishaus in Luckenwalde

In tiefer Trauer gedenken wir
unserer langjährigen Genossin

Lotti Lehmann,
die uns im Alter von 94 Jahren
verlassen hat.

DIE LINKE.
Kreisverband
Teltow-Fläming

DIE LINKE.
Stadtverband
Ludwigsfelde

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653
Spendenkonto: 363 302 7415,
BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 19.05. 2010, der nächsten Ausgabe: 16. Juni 2010
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming